



GLÜCK AUF Preisvergleich

„Die Schutzmasken sind vorbildlich, aber das Verfallsdatum ihres Sani-kastens ist abgelaufen“, sagt der freundliche Mitarbeiter in der Werkstatt, als er mein Blechpferd vor der Inspektion schon mal vorab begutachtet. Der schnelle Preisver-gleich im Internet brachte Erstaunli-ches zutage: Der ganze Kasten ist für weniger Geld zu haben, als die Handvoll Schnuffeldinger damals gekostet hat. Tja, Angebot und Nachfrage ... |lore

NACHRICHTEN

UNFALL Transporter erfasst Fußgängerin

BURKHARDTSDORF – Eine Fußgängerin ist am Freitagmorgen in Burkhardttsdorf bei einem Unfall schwer verletzt worden. Der 55-jährige Fahrer eines Mercedes-Transporters bog laut Polizeiangaben von der Unteren Hauptstraße (B 180) nach links in die Straße Am Auenberg (B 95) ab. Dabei erfasste er die Passantin. |mwi

STADTRAT Haushaltsplan 2023 wird beschlossen

LUGAU – Die Haushaltssatzung für das Jahr 2023 soll am Montag von den Lugauer Stadträten beschlossen werden. Außerdem steht ein Grund-satzbeschluss zur Anschaffung eines Bauhoffahrzeuges auf der Tages-ordnung. Ebenfalls Thema ist der Entwurf des Bebauungsplans „Wohnbebauung am Wiesenweg“ im Ortsteil Ursprung. |vh
DIE STADTRATSSITZUNG findet am 6. Februar im Ratsaal von Lugau statt. Beginn ist um 18.30 Uhr.

FÖRDERPREIS Premiere für Welterbe-Spiel

ERZGEBIRGE/FREIBERG – Das erste mit dem Förderpreis Montanregion unterstützte Projekt ist fertig: das Welterbespiel „Argentum“ (Silber) der Junior Forscher der TU Bergakademie. Sie hatten 2021 den ersten Förderpreis Montanregion erhalten und bis Ende vergangenen Jahres Zeit, ihr Projekt umzusetzen. „Der Prototyp des Spiels liegt nun vor und muss getestet werden. Diese Ehre soll dem Kuratorium zufallen. Eine schöne Idee, finde ich“, freut sich der Freiburger Oberbürgermeister Sven Krüger. Gemeinsam mit allen Förderern des Preises geht er am 7. Februar auf Silbersuche. „Ganz nebenbei, so versprechen die Entwickler des Spiels, lernen wir Spannendes aus mehr als 800 Jahren Bergbau- und Hüttengeschichte“, so der OB. |fp

Gedenkstätte Hoheneck als gGmbH – Warum Stollberg neue Wege geht

Der Stollberger Oberbürgermeister spricht über die Gründe, die Gedenkstätte zu einer gGmbH zu machen

STOLLBERG – Am Rand von Stollberg entsteht etwas Großes: Eine Gedenkstätte von nationalem Rang soll Hoheneck werden. Das sagt ihr künftiger Leiter, Stephan Appellus, das sagt der Stollberger Oberbürgermeister Marcel Schmidt (Freie Wähler) und das sagte auch Kulturstaaatsministerin Claudia Roth (Grüne) bei ihrem Besuch auf Hoheneck im November letzten Jahres. Für viele Millionen Euro lässt die Stadt das riesige Areal umbauen. Läuft es nach Plan, eröffnet Ende des Jahres das Herzstück: die Dauerausstellung, die sich mit dem Leid der Insassinnen des größten DDR-Frauengefängnisses beschäftigt. Eine Hürde zur Eröffnung hat der Stadtrat diese Woche genommen. Die Gedenkstätte soll eine gemeinnützige GmbH werden, kurz gGmbH. Diese Rechtsform ist ein Novum in der deutschen Gedenkstättenland-schaft. Der Stadtrat stimmte den Plänen einstimmig zu. Ulrike Abraham sprach mit Marcel Schmidt über diese Entscheidung.



Das Areal um das Schloss Hoheneck wird derzeit für vier Millionen Euro umgebaut.

FOTO: GEORG DOSTMANN

„Freie Presse“: Die Gedenkstätte Hoheneck soll eine gemeinnützige GmbH werden. Damit geht die Stadt einen ungewöhnlichen Weg, über den lange diskutiert wurde. Welche Relevanz hat die Rechtsform einer Gedenkstätte überhaupt? Bildlich gesprochen: Ist es nicht egal, in welchen Rahmen man ein Foto hängt?

Marcel Schmidt: Jede Rechtsform hat Vor- und Nachteile. Fest stand, dass wir die Gedenkstätte aus der Stadtverwaltung auslagern wollten. Wir haben bereits mehrere Bereiche ausgelagert, die mit den Kernaufgaben einer Verwaltung nichts zu tun haben, die Wohnungsbau GmbH etwa. Auch der Betrieb einer Gedenkstätte ist nicht Kernaufgabe der Verwaltung. Rathausmitarbeiter sind nicht unbedingt geeignete Gedenkstättenmitarbeiter. Auch in der Statistik macht sich eine Auslagerung gut: Die Mitarbeiter der Gedenkstätte werden dann nicht dem Rathaus zugerechnet. Die Rechtsaufsicht hinterfragt ja jede Stelle.

Man hätte aber auch eine Stiftung oder einen Verein gründen können – das sind klassische Formen für Gedenkstätten. Dann wäre allerdings nicht automatisch klar, welchen Einfluss die Stadt nehmen kann, darauf müsste man sich verständigen.

Wäre die Gedenkstätte ein kleines Haus irgendwo, wäre die Situation eventuell eine andere. Aber sie ist Teil des Komplexes Stalburc, in dem auch die Phänomenia und das Kindertheater Mieter sind. Die Stadt ist Eigentümerin des gesamten Hauses.

Marcel Schmidt
Oberbürgermeister
Stollberg



FOTO: RALF WENDLAND/ARCHIV

Wir werden immer eine Vermittlerrolle einnehmen. Und deshalb möchten Sie auch in der Gedenkstätte etwas zu sagen haben?

Wir wollen das nicht aus der Hand geben, damit es sich nicht verselbstständigt. Das ist uns beim Förderverein Gedenkstätte Hoheneck auf die Füße gefallen, der kürzlich aufgelöst wurde. Wir wollen aber auch als Stadt nicht Betreiberin und Eigentümerin gleichzeitig sein. Dann entsteht leicht der Eindruck, die Gedenkstätte würde bevorzugt gegenüber allen anderen. Deshalb wird die Gedenkstätte eine eigene Rechtsperson mit einem eigenen Geschäftsführer, jemand mit eigenen Ideen, der nicht Teil der Stadtverwaltung ist. Die Stadt verwaltet nur die Liegenschaft.

Die Stiftung Sächsischer Gedenkstätten wird vom Freistaat gefördert und betreibt mehrere große Gedenkstätten, etwa Bautzen und Pirna-Sonnenstein. Warum wollten Sie sich nicht dort anschließen?

Das ist ein größeres Konstrukt und ich gehe davon aus, dass Entscheidungen dort deutlich länger dauern, als wenn wir das als Kommune tun.

Ich bin ein Verfechter kommunaler Selbstständigkeit. Im Kleinen liegen viele Chancen.

Also erhoffen Sie sich, flexibler agieren zu können. Dennoch gab es Vorbehalte gegenüber einer gGmbH. Meines Wissens gab es die Sorge, dass die gGmbH nicht ausreichend Arbeitnehmerrechte sichert und so kein qualifiziertes Personal gefunden werden könne – was für erfolgreiche Gedenkstättenarbeit Voraussetzung ist. Sind die Bedenken berechtigt?

Meiner Ansicht nach nicht. Wir können bei der Lohngestaltung den Tarif für den öffentlichen Dienst als Grundlage nehmen. Bei der derzeitigen Arbeitsmarktlage ist es nicht ratsam, zu versuchen, Arbeitnehmer zu benachteiligen. In der gGmbH sind wir aber flexibel, ich kann einem Mitarbeiter, der besonders gut ist, einen Lohn bieten, der nach TVöD nicht möglich wäre.

Stollberg betritt damit Neuland. In Deutschland gibt es keine Gedenkstätte in Form einer gGmbH. Ist das nicht gewagt, so ohne Vorbild zu arbeiten?

Wir haben dem Stadtrat eine Matrix vorgestellt und darin alle möglichen Betreiberformen gegenübergestellt. Die gGmbH war die attraktivste und die für uns passende. Ich bin ein großer Freund von Wirtschaftlichkeit. Und Ziel einer gGmbH ist es, wirtschaftlich zu arbeiten. Das minimiert das Risiko, den städtischen Haushalt in Schieflage zu bringen. Gleichzeitig muss die gGmbH kei-

nen Gewinn abwerfen – darf sie auch nicht, sonst verliert sie den Status der Gemeinnützigkeit. Sie kann eigenverantwortlich wirtschaften, ohne in der Verwaltung um Geld betteln zu müssen. Das macht die Arbeit attraktiv. Und: Sie kann Spendenquittungen ausstellen, das macht Sponsoring möglich.

Weil Sie die Wirtschaftlichkeit ansprechen: Sie haben oft betont, dass eine Gedenkstätte wie Hoheneck kein städtisches Projekt sein kann, Sie sich finanzielle Hilfe durch Land und Bund wünschen. Wie ist der Stand?

Wir haben jetzt mehrere Schreiben verschickt: an die SAB, Innenministerium, Kultusministerium. Wir sind in der Entscheidungsfindung. Es wird wohl demnächst einen Termin geben. Ich beharre da auf meinem Standpunkt: Hätte der Freistaat das Areal nicht verkauft, wäre er selbst in der Pflicht, hier eine Gedenkstätte aufzubauen. Und könnte dann auch nicht nur einen Teil des Komplexes umbauen und den Rest abreißen oder vor sich hinwelken lassen. Da braucht es eine sinnvolle Lösung.

Kulturstaaatsministerin Claudia Roth hat bei ihrem Besuch im November von einer nationalen Gedenkstätte gesprochen. Für mich hat sie sogar europäische Bedeutung. Da kann man nicht sagen, darum muss sich ein Dorf wie Stollberg kümmern, mit Mitteln aus der Städtebauförderung, die eigentlich für Parkbänke und Wippen gedacht sind. |ulab

Freistaat bezuschusst Schulneubau in Neukirchen

Millionenprojekt für 240 Schülerinnen und Schüler kann starten

VON JULIA GRUNWALD

NEUKIRCHEN/ERZGEBIRGE – Ein weiterer Meilenstein rund um den Neubau der Grundschule in Neukirchen ist erreicht. Wie Bürgermeister Sascha Thamm (Freie Wähler) bekannt gab, erhält die Gemeinde Fördermittel in Höhe von rund 10,4 Millionen Euro vom Freistaat Sachsen für den Bau der neuen Grundschule. „Die Idee von dem Neubau einer weiteren Grundschule treiben wir bereits seit mehr als sieben Jahren voran. Endlich können wir mit den notwendigen Ausschreibungen für den Baubeginn loslegen“, zeigt sich Thamm erleichtert.

Sascha Thamm
Bürgermeister



FOTO: GEORG DOSTMANN/ARCHIV

Nach langen Verhandlungen und damit einhergehenden Verzögerungen soll die geplante zweizügige Grundschule mit Hort nun in der Nähe des neuen Kreisverkehrs entstehen. Dort soll sich zukünftig auch die Bushaltestelle befinden, damit die Schülerinnen und Schüler auch mit den öffentlichen Verkehrsmitteln ihre neue Schule erreichen können. Insgesamt 240 Kinder sollen an der Grundschule lernen können. Der Spatenstich soll noch in diesem Jahr erfolgen, so der Bürgermeister. „Wir hoffen, dass die Schule zum Schuljahr 2024/25 in Betrieb gehen kann“, sagt Thamm. Insgesamt fließen rund 21 Millionen Euro in das Projekt. Es ist die größte Investition, die die Gemeinde aktuell plant. Knapp die Hälfte der Kosten übernimmt der Freistaat Sachsen.

Aktuell ist die Grundschule in Neukirchen aus Kapazitätsgründen auf zwei verschiedene Standorte aufgeteilt. Die Schülerinnen und Schüler der ersten und zweiten Klasse werden in Neukirchen unterrichtet. Die Kinder der dritten und vierten Klasse lernen in Adorf. Nicht nur für die Schüler keine leichte Situation, sondern auch für die Lehrer. Diese pendeln regelmäßig zwischen beiden Standorten, was einen enormen organisatorischen Aufwand mit sich bringt. „Es wird höchste Zeit für den Neubau“, sagt Bürgermeister Thamm. In der neuen Grundschule sollen Schülerinnen und Schüler jeden Alters an einem Ort gemeinsam lernen können.

Gornsdorfer Musiker nimmt soziale Medien aufs Korn

Die neue Single der Band Jante und das dazugehörige Video sind voll mit Ironie und kuriosen Szenen. Dahinter verbirgt sich ein ernster Hintergrund.

VON GEORG DOSTMANN

GORNSDORF – Die Musikgruppe Jante um den in Gornsdorf aufgewachsenen Musiker Jan Thierfelder hat dieser Tage ihre neue Single „Glauben was stimmt“ mitsamt Musikvideo herausgebracht. Darin beschäftigt sich die Indie-Folk-Band mit dem Thema Verschwörungstheorien. „Es geht um die Entwicklung im Zeitalter der sozialen Medien. Die Menschen werden mit Informationen geflutet, allerdings lässt sich immer schwerer unterscheiden, was davon der Wahrheit entspricht und was nicht“, erklärt der 33-Jährige.

Sie greifen unterschiedliche Theorien auf, etwa zum Thema Chemtrails. „Dabei denken Menschen, dass die Kondensstreifen von Flugzeugen keine Abgase sind, sondern chemische Substanzen, die die Bevölkerung gefügig machen“, sagt der Sänger der Band. Zudem stellen sie auch eigene Verschwörungstheorien auf, zum Beispiel, dass die Bäume im Herbst ihre Blätter verlieren, damit die Menschen besser in ihren Wohnungen beobachtet werden können. „Mit dem Song und der



Die Band Jante wendet sich im neuen Song unter anderem gegen Verschwörungstheorien.

FOTO: YELLOWVAN PHOTOGRAPHY

überspitzten Darstellung ziehen wir das Thema ins Extreme“, sagt Jan Thierfelder. In den vergangenen Jahren beschäftigte er sich zunehmend mit Verschwörungstheorien im Zusammenhang mit Ereignissen wie der Coronapandemie oder des Ukrainekrieges. Sowohl in seinem persönlichen Umfeld, als auch in den sozialen Netzwerken sei er immer

wieder auf eben solche gestoßen. Mit dem Song möchte er „vernünftig denkende Menschen abholen und ihnen mitgeben, dass sie immer die Quellen prüfen sollten, bevor sie irgendwelche Theorien aufstellen“. Zu hören ist das Lied bei diversen Streamingplattformen wie beispielsweise Spotify.

Das dazugehörige Musikvideo drehten Jante selbst mit dem Handy, lediglich eine Szene wurde mit einer Spiegelreflexkamera gefilmt. Damit soll der Amateurcharakter widergespiegelt werden. Zudem entschieden sie sich für ein Video im Hochformat, das etliche Kurzclips enthält und Inhalte aus sozialen Netzwerken imitiert. „Aus der Perspektive eines Handynutzers zeigt es unterschiedliche Sequenzen von den

schlechten Seiten der sozialen Medien wie Hass oder eben auch Verschwörungstheorien“, berichtet Jan Thierfelder. Neben ihm sind im Video mit dem Gitarristen Tim Bergelt, dem Bassisten Sebastian Keichel und der Schlagzeugin Margot Cichy auch die anderen Bandmitglieder als Protagonisten zu sehen.

Jante verzeichnet mittlerweile über eine Million Streams auf Spotify, ist in großen Playlists wie „Wilde Herzen“ oder „Gegen den Strom“ vertreten und spielte schon bei Events wie dem Southside Festival.

DAS VIDEO zur neuen Single „Glauben was zählt“ sehen Sie, wenn Sie den QR-Code scannen oder unter



» www.freiepresse.de/jante-glauben